



## **Rechtsausschuss**

### **9. Sitzung (öffentlich)**

7. März 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Verfahren über die Verfassungsbeschwerde der U. GmbH & Co.KG, vertreten durch den Geschäftsführer der Komplementär-GmbH H., – Bevollmächtigte: MASLATON Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Holbeinstraße 24, 04229 Leipzig – gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB 2 M-V S. 258)**

5

1 BvR 1187/17

Vertrauliche Vorlage

Der Ausschuss kommt überein, dem Landtag zu empfehlen,  
keine Stellungnahme abzugeben.

**2 Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden 6**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/818  
Ausschussprotokoll 17/146

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Integrationsausschuss

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD – Drucksache 17/818 – mit den Stimmen der CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

**3 Rechtssicherheit im Klimaschutz wiederherstellen und nordrhein-westfälische Unternehmen vor unberechtigten Klagen schützen 9**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1445

– Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1445 – mit den Stimmen der CDU, FDP, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD ab.

**4 Rechtssicherheit durch pflichtgemäße Altersbestimmung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA), die sich nicht zweifelsfrei ausweisen können und nicht eindeutig als minderjährig erkennbar sind. 11**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1657

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1657 – mit den Stimmen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD ab.

- 5 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechtes an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Nordrhein-Westfälisches Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – NRWDSAnpUG-EU) 12**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/1981

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass er sich nachrichtlich beteiligt.

- 6 Rechtsfreie Räume – wo sind die in Nordrhein-Westfalen? (s. Anlage 1) 13**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/355

- 7 Belegungssituation in den Justizvollzugsanstalten in NRW (s. Anlage 2) 19**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/596

- 8 Justizvollzugsmodernisierungsprogramm (s. Anlage 2) 24**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/597

- 9 Initiative des Ministers der Justiz zur Straffreiheit für sog. Schwarzfahrer – justizpolitischer Irrweg?! (s. Anlage 2) 25**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/598

- 10 Übt Minister Biesenbach Druck auf die Staatsanwaltschaften des Landes aus? (s. Anlage 2) 29**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/599

- 11 Kölner Entwurf für ein Verbandssanktionsgesetz (s. Anlage 2) 30**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/600
- 12 Reformvorschläge der OVG-Präsidentin vom 05./06.10.2017 – was hat das Ministerium unternommen, um diese umzusetzen? (s. Anlage 2) 31**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/601
- 13 Wie beurteilt das Ministerium der Justiz die Arbeit und Leistungsfähigkeit des BLB? (s. Anlage 2) 33**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/602
- 14 Masterplan für die Digitalisierung in der Justiz NRW (s. Anlage 3) 34**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/603
- 15 Ergebnis der Ermittlungen wegen eines Todesfalls in Köln am 25. Mai 2017 (s. Anlage 3) 37**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/604
- 16 Verschiedenes 38**

### **3 Rechtssicherheit im Klimaschutz wiederherstellen und nordrhein-westfälische Unternehmen vor unberechtigten Klagen schützen**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1445

– Beratung und Abstimmung

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil** legt dar, der Antrag sei am 20. Dezember 2017 vom Plenum federführend an den Rechtsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen worden.

Die abschließende Aussprache und Abstimmung seien nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Rechtsausschusses vorgesehen. Die erste Beratung sei am 24. Januar 2018 erfolgt.

Die mitberatenden Ausschüsse hätten zum Teil votiert. Der mitberatende Wirtschaftsausschuss habe den Antrag in seiner heutigen Sitzung abgelehnt, während eine Entscheidung des Umweltausschusses nach dessen Tagesordnung heute Nachmittag vorgesehen sei. Der Umweltausschuss sei mehrfach darauf hingewiesen worden, dass der Rechtsausschuss beabsichtige, in seiner heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen. Er schlage daher vor, über den Antrag heute abzustimmen.

**Roger Beckamp (AfD)** erläutert, Grundlage für diesen Antrag sei die Klage eines peruanischen Kleinbauers, weil dieser davon ausgehe, dass sein Haus überschwemmt werde, wenn ein in der Nähe gelegener Gletscher schmelze. Die Gletscherschmelze führe der Kleinbauer auf den Klimawandel zurück. In diesem Fall sei Ursache für den Klimawandel das Handeln der RWE AG. Durch die Nutzung von Auto, Bus und Bahn, um an der heutigen Sitzung des Ausschusses teilnehmen zu können, hätten die Ausschussmitglieder einen rechtlich relevanten Beitrag dazu geleistet, dass peruanische Kleinbauern ihr Eigentum gefährdet sähen. Deshalb sei von der Fraktion der AfD ein Antrag eingebracht worden, in dem gefordert werde, zumindest die Folgen sogenannter Klimaklagen zu prüfen. Er bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil** schlägt vor, über den Antrag heute abzustimmen.

**Roger Beckamp (AfD)** wendet ein, dies sei nicht möglich, da der Umweltausschuss noch kein Votum abgegeben habe.

**Vorsitzender Dr. Werner Pfeil** weist darauf hin, eine Abstimmung im Rechtsausschuss sei durchaus möglich, weil der Antrag an den Umweltausschuss nur mitberatend überwiesen worden sei.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1445 – mit den Stimmen der CDU, FDP, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD ab.